



Bomben statt Brot: Die neue außenpolitische Doktrin von Bündnis 90 / Die Grünen?

Anton
(Halle, Deutschland)

Bomben statt Brot! Das scheint - etwas vereinfacht ausgedrückt - die neue außenpolitische Doktrin von Bündnis 90 / Die Grünen zu sein. Zumindest forderte dies Anton Hofreiter, der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, gefolgt von starkem Applaus der Zuhörer bei der Bundesdelegiertenkonferenz im November 2015 in Halle ^[1,2]. Er forderte, dass militärische Einsätze nicht das letzte Mittel sondern das primäre (ja sogar einzige) Mittel deutscher Außenpolitik in Mali sein sollen. Wird das nun die neue außenpolitische Doktrin der Grünen? Es würde den Wandel der Grünen von einer ursprünglich eher pazifistischen Partei hin zu einer Kriegspartei ^[3] vervollständigen.

Es war nur eine der vielen Reden von Anton Hofreiter und scheinbar werden seine Reden nicht sehr ernst genommen. Dies könnte zumindest teilweise erklären, warum die Hauptaussage dieser Rede keine größere kritische Betrachtung bei den Medien fand. Die Rede wurde nur einmal beim Fernsehsender Phoenix wider gegeben. Im Internetarchiv war die Rede kurze Zeit später nicht mehr abrufbar (weder bei Phoenix noch bei den Grünen). Vielleicht nehmen viele Journalisten die Aussagen der Grünen eh nicht sehr ernst. Aber diese Partei sitzt im Bundestag und in mehreren Landesparlamenten. Sie stellt sogar einen Ministerpräsidenten und ist an mehreren Landesregierungen beteiligt. Anton Hofreiter ist Fraktionsvorsitzender bei den Grünen im Bundestag und Mitglied des Bundesvorstands dieser Partei. Ob man das mag oder nicht, die Aussagen von Herrn Hofreiter haben eine politische Relevanz.

Vielleicht lag es auch an den etwas unklaren Worten, die Herr Hofreiter verwendete. Vielleicht konnten die Delegierten seinen Worten bzw. der zugrundeliegenden Argumentation nicht folgen. Aber warum applaudierten sie dann? Fakt ist: Eine Kernforderung von Anton Hofreiter lautete etwas vereinfacht ausgedrückt: Bomben statt Brot für Mali! Seine Worte lauteten: *"Ich war vor einigen Monaten in Mali [...], wo wir einen [...] gefährlichen Bundeswehrein-satz fahren [...] und da tun wir alles dafür. [...] Und wir [...] als Grüne stehen [...] hinter diesem Einsatz. [...] Nichts gegen NGOs. [...] Aber wir müssen [...] dafür sorgen, [...], dass [...] wir aufhören mit den Subventionen [...]"*. Es folgte starker Applaus der Zuhörer. Zur Erläuterung: Mit "NGO" sind "non-government organisations", also nicht-staatliche Hilfsorganisationen gemeint, die Agrarprodukte (z. B. Mais oder Weizen) nach Mali liefern.

Dieses Zitat ist sinnwährend gekürzt (Auslassungen gekennzeichnet) und lässt beschönigende Formulierungen und Wiederholungen aus um die Kernaussage hervorzuheben. Es ist aber eine wörtliche und kontextgerechte Wiedergabe seiner Rede. Vollständigkeitshalber hier das ungekürzte Zitat: *"Ja, verdammt noch mal lass uns endlich zur Realpolitik zurückkehren und mit diesem ideologischen Quatsch aufhören, das diese Bundesregierung auch im internationalen Handel anrichtet. Und: Ich war vor einigen Monaten in Mali. In Mali, wo wir einen schwierigen, einen gefährlichen Bundeswehrein-satz fahren, wo unsere Soldaten sich grohe/große Mühe geben und wahnsinnig anerkannt sind bei der Bevölkerung, dass dieses Land nicht überrannt wird aus 'ner Mischung von Drogenschmugglern, schwer bewaffneten*

Drogenschmugglern, Islamisten, Menschenhändlern und anderen Banditen, die in der Bevölkerung überhaupt net verankert sind, weil, weil die Regierung so schwach ist. Ja, und da tun wir alles dafür. Ah. Und wir unterstützen des. Und auch wir als Grüne stehen da hinter diesem Einsatz. Aber wenn Du dann mit den Leuten von der Wirtschaft vor Ort redest, dann sagen die: "Ach, wissen Sie wir haben da ein echtes Problem. Wir hatten 'mal 'ne wirklich gute lokale Landwirtschaft. Aber mit Euren hochsubventionierten Agrarprodukten, mit diesen hochsubventionierten Agrarprodukten, da kommen wir net dagegen an und unsere Wirtschaft ist de facto 'ne NGO-Wirtschaft geworden. Nichts gegen NGOs. Nichts gegen Entwicklungszusammenarbeit. Aber wir müssen doch endlich dafür sorgen, und dafür braucht's 'ne faire Landwirtschaftspolitik, dass wir die Probleme an der Basis angehen, dass man sich da entsprechend mit diesen Lobbyisten auseinandersetzt, nämlich sonst werden ma am Ende, am Ende des Mali-Einsatzes nach vielen Jahren, nach ner Reihe von Toten, nach ganz großen Bemühungen wieder feststellen, dieser Mali-Einsatz ist nichts geworden und warum ist er nichts geworden, weil man sich nicht getraut hat dafür zu sorgen, dass auch dieses Land ein Recht auf 'ne eigenständige ökonomische Entwicklung hat und wir aufhören mit den Subventionen, die dorten die Wirtschaft kaputt machen. Deshalb liebe Leute, lass uns für Realpolitik kämpfen, dass wir diese Realpolitik endlich durchsetzen und lass uns diese Traumtänzer aus der Bundesregierung aus dem Amt fegen. Vielen Dank."

Die Forderung nach mehr Bomben und weniger Brot für Mali mag vielleicht Beobachter, die immer noch glauben, dass die Grünen eine friedliche oder zumindest eine friedliebende Partei sind, überraschen. Aber Tatsache ist: Die Grünen sind die aggressivste Kriegspartei in Deutschland ^[3]. Als die Grünen von 1998 bis 2005 zusammen mit der SPD die Bundesregierung stellten, wurden durch diese Bundesregierung so viele deutsche Soldaten und Bomben ins Ausland gesandt wie nie zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Die Grü-

nen entsandten 1999 (zusammen mit der SPD) erstmals deutsche Soldaten und deutsche Bomben in einen Kampfeinsatz (Krieg) nach Kosovo. Dieser Kampfeinsatz diente nicht der Verteidigung Deutschlands oder der Nato. Im Jahr 2002 entsandten die Grünen (zusammen mit der SPD) erneut deutsche Soldaten und deutsche Bomben in einen Kampfeinsatz (Krieg) nach Afghanistan. Auch wenn sich dieser zweite Krieg der Grünen vielleicht noch als Verteidigung eines Nato-Bündnispartners (USA) interpretieren lässt, so wurden damit so viele deutsche Truppen in einen Krieg entsandt wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Damit wurden die Grünen (zusammen mit der SPD) zu einer Kriegspartei. Man mag zur Entschuldigung anführen, dass eine Partei in Regierungsverantwortung an bestimmte Sachzwänge (Bündnisverantwortung) gebunden ist und auch dass die SPD an der Entsendung der Truppen beteiligt war. Aber auch in der Opposition (seit 2005) forderten die Grünen so viele und so vehement Auslandseinsätze der Bundeswehr wie keine andere Partei. Im März 2011 unterstützten die Grünen eine UN-Resolution ^[4], die einen Kriegseinsatz deutscher Soldaten und Bomben in Libyen bedeutet hätte, und kritisierten heftig die Stimmenthaltung zu dieser UN-Resolution durch Außenminister Guido Westerwelle (FDP). Ebenso forderten die Grünen (z. B. Jürgen Trittin) im Januar 2013 den Kampfeinsatz deutscher Soldaten und Bomben in Mali ^[5]. Auch in Syrien waren die Grünen (z. B. Katrin Göring-Eckardt) die ersten in Deutschland, die ein militärisches Eingreifen forderten ^[6].

Die Forderung von Herrn Hofreiter "Bomben statt Brot" mag auf den ersten Blick überraschen, aber sie stellt nur eine Fortsetzung der jahrelangen Kriegspolitik der Grünen dar. Angesichts der kriegerischen Einstellung vieler Mitglieder bei den Grünen ist der Applaus für diese Forderung nicht überraschend. Da diese Partei derzeit etwa die Hälfte der Opposition im Bundestag stellt und an mehreren Landesregierungen beteiligt ist, ist dies sehr beängstigend.

© Anton, Januar 2016

Veröffentlicht / verteilt von: JG-NF, Dieselstr. 7, 93051 Regensburg, Germany

Quellen

1. Hofreiter, A. (Phoenix (2015, 22. November). Rede auf der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen in Halle zur Debatte: Grüne Wirtschaft / Klima schützen. In Phoenix (22.11.2015) "Vor Ort: Perteitag B'90/Grüne" (17:00 - 18:15).
2. <http://www.yourepeat.com/watch/?v=R5SOoR6aRnl> [von 7:20 bis 9:31]
3. Grandt, M. (2015). Die Grünen: Zwischen Kindersex, Kriegshetze und Zwangsbeglückung. Rottenburg a. N.: Kopp Verlag.
4. Länderrat der Grünen (2011, 3. März). Beschluss des Länderrats. Mainz: Alte Lokhalle.
5. vme (2013, 14. Januar). Französische Offensive: Trittin begrüßt Kriegseinsatz in Mali. Spiegel Online.
6. Caspari, L. (2014, 13. Oktober). IS-Terror Grüne Militär-Offensive. Zeit Online.